

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 60

Donnerstag, den 23. Mai 1929

42. Jahrgang

## Das letzte Stadium.

Die Verhandlungen der Gläubiger. — Pfingstferien deutscher Sachverständiger. — Um die Transferrormatorium.

Paris, 21. Mai.

Die Gläubiger haben ihre Verhandlungen über die deutschen Vorbehalte und den Schlichterentscheidungsanspruch am Sonnabend noch fortgesetzt. Während der Frierstage befinden sich Geheimrat Kaßl in Berlin, der Sachverständige Melchior in Hamburg und Dr. Bögl in Dortmund. Sie kehren aber jetzt unverzüglich wieder zurück, da man annimmt, daß die Gläubiger bereits im Laufe des heutigen Tages die Entscheidung darüber fällen wollen, ob sie den bisherigen Konferenzergebnissen zustimmen wollen oder nicht.

In der französischen Presse wird über die letzten Gläubiger-Verhandlungen ausgeführt, daß diese hauptsächlich der deutschen Moratoriumsklausel gegolten hätten. Man läßt nach einem Weg, wie im Falle eines Deutschland zugestanden Transferrormatoriums diejenigen Staaten, die auf die ungeschützten Teile der deutschen Jahreszahlungen Anspruch hätten, also auch diejenigen, die auf alle Fälle in ausländischen Devisen zahlbar seien, denjenigen Staaten auszuliefern, die auf die geschützten Jahreszahlungen Anspruch hätten und keine Devisen, sondern Mark erhalten würden. Man scheint nun ein System ins Auge gefaßt zu haben, wonach die Staaten, die zum großen Teil ausländische Devisen erhalten, die Verpflichtung einsehen sollen, einen Teil der Devisen der internationalen Bank zuzuführen, damit die anderen Staaten ihre Markbeträge gegen Devisen eintauschen können.

Der „Matin“ vertritt die Meinung eines Sachverständigen, daß man heute abend wissen werde, ob die Konferenz mit einem Bruch oder einer Einigung ende. Wenn die Verhandlung möglich sei, würden die Arbeiten nur etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Als eine weitere Schwierigkeit bezeichnet das Blatt die von Dr. Schacht aufgeworfene Frage der Nachfolgenden Österreich-Ungarns, die etwas mehr als 100 Millionen Mark jährlich schulden sollten, auf die man durch ein Kreditgeschäft einen Discont der letzten Amerika geschuldeten 21 Jahreszahlungen einführen könne. Auf diese Weise würden die deutschen Jahreszahlungen auf höchstens 37 Jahre anfallen.

## Kampf um die Verteilung Dauer und vorläufig.

London, 21. Mai.

In einem Pariser Bericht der „Times“ wird erneut auf die Schwierigkeiten der Verteilungsfrage, die auch in den Pfingstferien Verhandlungen der Sachverständigen nicht beseitigt werden konnten, hingewiesen, wobei von einer Jahreszahlung von 2050 Millionen als einer letzten Zahl ausgegangen wird.

Zu den deutschen Vorbehalten werden alliierte Gegenvorbehalte erwartet, die die von Deutschland aufgeworfene Frage der Reparationsleistungen Deutschlands und Ungarns zusammen mit den Befreiungszahlungen Polens und der Nachfolgestaaten ablehnen werden, während in den anderen unrichtigen Punkten der zeitweiligen Unterbrechung der deutschen Zahlungen wie der Transferrage im Falle militärischer Schwierigkeiten die Verhandlungsgrundlage weniger gespannt ist.

## Die Alliierten sind sich wieder einig.

Paris, 22. Mai.

Die Verhandlungen der alliierten Sachverständigen untereinander sind so weit vorgeschritten, daß ein gemeinsamer Gegenorschlag ausgearbeitet werden kann, der den deutschen Vorbehalten entgegengekehrt werden soll. In den Gläubigerkreisen äußert man sich optimistisch und glaubt an das nahe bevorstehende Ende der Konferenz. Wenn sich aber die bisherigen Mitteilungen über die zwischen Gläubigern zustande gekommene Einigung bestätigen sollte, läßt sich der Widerspruch der Konferenz noch nicht absehen.

Die durchschnittliche Ziffer soll nun auf Grund des Youngschen Vorschlages, dem Dr. Schacht festzulegen will, auf 2050 Millionen jährlich bemessen bleiben, doch soll Deutschland von 37. bis 58. Jahre ab weiterzahlen. Gerade dies aber hatte Dr. Schacht abgelehnt und dafür vorgeschlagen, daß die Zahlungen für die letzten 21 Jahre aus den Gewinnen der Reparationsbank und den Befreiungsgeldern der neu geschaffenen Staaten bestritten werden sollten. Die Spannung fällt demnach auch jetzt noch an.

## Die optimistische Pariser Presse.

Die Pariser Presse äußert sich wieder sehr optimistisch und betont, man könne jetzt auch mit der Beizugung der Beratungen über die Verteilung der deutschen Zahlungen rechnen. In dieser Frage hätten sich die Möglichkeiten nicht geändert. Frankreich müßte in der Lage sein, 50 Millionen Kronen zu mobilisieren, Belgien müßte entbündelt werden für 25 Milliarden Kronen deutschen Befreiungsgeldes. Der italienische Prozentfuß müßte möglichst erhöht werden. England müßte genügend erhalten, um die Anteile der Domi-

nen bezahlen zu können. Es werde keine leichte Aufgabe sein, alle diese Wünsche mit der geringen deutschen Jahreszahlung zu erfüllen. Um die Löcher zu stopfen, spreche man viel von den Gewinnen der zukünftigen Zentralbank für internationale Zahlungen. Wie es scheint, sei man dazu gekommen, die Unterliebe zu vermindern. Das Wort werde nun Dr. Schacht haben, der nur seine Entschloßung über die von den Alliierten durchgegebenen und verbesserten (?) Vorbehalte bekanntzugeben brauche.

## Amerika legt die Befreiungsforderungen herab.

Entgegenkommen, um die Pariser Verhandlungen zu beschleunigen.

Washington, 20. Mai.

Der amerikanische Präsident Hoover hat gestern mit verschiedenen Staatssekretären und einigen Parlamentariern eine hochwichtige Konferenz abgehalten, in der mit Rücksicht auf die Pariser Reparationsverhandlungen beschlossen wurde, die amerikanischen Befreiungsforderungen zu senken, doch so, daß die Verminderung nicht mehr als 10 Prozent der gesamten amerikanischen Reparationsforderungen betrage. Der Bericht wird jedoch praktisch dadurch wieder aufgehoben, daß die gesamten amerikanischen Reparationsforderungen an Deutschland um 5 Prozent erhöht und auf einen längeren Zeitraum (statt 37 auf 58 Jahre) verteilt werden. Trotzdem dürfte dieser Beschluß geeignet sein, dem Pariser Streit um den Verteilungsschlüssel ein Ende zu machen.

## Minderheiten-Deuttschrift veröffentlicht.

Bier Grundzüge.

Berlin, 21. Mai.

Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr die Deuttschrift der deutschen Regierung in der Minderheitenfrage.

Die Deuttschrift, ein Manuskript von 28 Schreibmaschinenheften, führt den Titel: „Bemerkungen der deutschen Regierung zur Frage der Garantie des Völkervertrages für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten.“ Bestenfalls ist die deutsche Auffassung von deutschen Außenminister Dr. Stresemann bereits in der Wärtagung des Völkervertrages dargelegt worden. Danach sollte man die bisherige Behandlung des Minderheitenproblems ritierend überprüfen und entscheiden, ob es angebracht ist, in der einen oder anderen Beziehung neue Beschlüsse zu fassen. In diesem Sinne hat der deutsche Vertreter die bisherige Praxis des Völkervertrages und ihre Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzogen und ist dabei zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt: Es sei einmal erforderlich, sorgfältig die Möglichkeiten durchzuprüfen, die für eine Verbesserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben sind. Dabei müsse insbesondere in Aussicht genommen werden, die bisher bei der Vorprüfung solcher Petitionen geübte Auslassung gewisser Nationen durch ihre Vertretung zu erlegen. Es müsse ferner geprüft werden, in welcher Weise der Völkervertrag seinen Garantieverpflichtungen gegenüber den einzelnen Nationen gerecht zu tun genügt. Endlich sei es wichtig, eine ausdrückliche Klärung der grundsätzlichen Frage herbeizuführen, wie der Sinn und die Tragweite der Garantieverpflichtung des Völkervertrages zu verstehen ist.

Diese vier Grundzüge werden in der Deuttschrift der Reichsregierung eingehend begründet und erklärt. Wie die Deuttschrift selbst feststellt, verfolgt die Deuttschrift den Zweck, unter Berücksichtigung der von anderer Seite in der Wärtagung des Völkervertrages abgegebenen Erklärungen diese Grundzüge „zu erläutern und zu ergänzen“.

Der Bericht des Dreierausschusses für die Minderheiten.

Genf, 22. Mai.

Der Bericht des Dreierausschusses des Völkervertrages für die Minderheitenfragen (Chamberlain, Quintos de Leon, Wasth), der auf der Londoner Tagung Anfang Mai ausgearbeitet worden war, ist jetzt sämtlichen 14 Mitgliedern des Völkervertrages in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Sonderausschusses des Rates für die Minderheitenfragen überhandt worden. Der Bericht stellt ein umfangreiches Dokument dar, dem alle 16 Beschlüssen der einzelnen Nationen beigefügt sind. Unter diesen befindet sich auch die eben veröffentlichte Deuttschrift der Reichsregierung.

Es ist hierzu festzustellen, daß der Bericht sich die grundsätzliche deutsche Auffassung von dem Minderheitenschutz des Völkervertrages nicht zu eigen gemacht hat, sondern die laßlichen deutschen Vorbehalte, insbesondere den Antrag auf Einziehung eines Studienausschusses zur Prüfung des Gedankens einer künftigen Minderheitenkommission beim Völkerverband, mit einer kurzen Begründung grundsätzlich ablehnt. Der Dreierausschuss hat sich, wie zu erwarten war, eindeutig auf den Standpunkt der minderheitensensiblen Regierungen gestellt.

Die Vorschläge in dem Bericht laufen auf lediglich geringfügige Veränderungen hinaus, ohne daß zu den bisherigen völlig ungenügenden und schädigenden Verfahren irgendwelche entscheidenden Veränderungen vorgeschlagen werden. Die Befürchtungen, die bereits auf der Wärtagung des Völkervertrages hinsichtlich der deutschen Zustim-

mung zu der Einziehung des Dreierausschusses bestanden, haben sich als voll begründet erwiesen. Der Dreierausschuss hat, wie es nach seiner Zusammenlegung nicht anders zu erwarten war, mit seinem Bericht zunächst eine Grundlage für die Arbeiten geschaffen, die in der Kommission über die 14 Mitglieder des Völkervertrages treten am 6. Juni in Madrid als Sonderausschuß für die Minderheitenfrage zusammen, um auf der Grundlage des Berichtes des Dreierausschusses und der 16 Deuttschriften der Regierungen Stellung zu nehmen.

## Eine neue Rede Poincarés.

„Wir haben nicht das Recht zu verzeihen.“

Paris, 21. Mai.

Bei der Einweihung des Denkmals für die im Krieges gefallenen Soldaten im Fort Donnant bei Verdun hielt Ministerpräsident Poincaré eine längere Ansprache, in der er auf die Verantwortung für den Weltkrieg und auf die Sachverständigenverhandlungen zu sprechen kam.

Einleitend betonte er, daß die französische Regierung und das französische Volk 1914 erstlich den Frieden gewünscht und alles getan hätten, um ihn zu erhalten. Frankreichs Gegner hätten sich jedoch nicht darauf beschränkt, den Krieg zu erklären, sondern sie hätten auch ein umfangreiches Verbrechen dadurch begangen, daß sie die Belgische Neutralität verletzten. Selbst unter der Annahme, daß entgegen den offensichtlichsten Tatsachen, die kaiserlichen Regierungen von Mitteleuropa nicht freiwillig die Initiative ergriffen hätten, so würden sie nichtsbewussten durch ihren Gewalttrieb gegen Belgien und durch die Belgien und Frankreich zugefügten unübersehbaren Schäden beiden Staaten eine Wiederumgestaltung zu schuldigen. Daher seien viele vernünftige Deutsche der Auffassung, daß Frankreich und Belgien ein Recht auf Wiedergutmachung hätten.

Eine gerechte Wiedergutmachung würde Frankreich alle diejenigen Summen zusprechen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Zahlung der Pensionen der Witwen und Militärrufen des Krieges nötig seien. „Bereits seit längerer Zeit“, so fuhr Poincaré weiter fort, „haben wir die Hoffnung auf eine so günstige Regelung aufgeben müssen. Es sind keineswegs die französischen Sachverständigen, die die gegenwärtigen Arbeiten in Paris hinsichtlich der Lösung der Aufgaben ermahnen haben. Sie lehnten es nur ab, den Damesplan gegen einen schlechteren einzutauschen. Zur Stunde weiß ich noch nicht, in welchem Umfange ihre gerechten Forderungen werden erfüllt werden. Die französische Regierung kann sich ihre Auffassung erst am dem Tage bilden, an dem sie einen abschließenden Bericht erhält. Dann wird sie die ihr unterbreiteten Vorschläge prüfen und sich entscheiden. Wir haben nicht das Recht, die Zahl der Toten zu verzeihen, die wir gemeinsam beweihe. Heute wie gestern, und gestern wie heute ist es unsere Tugend, unsere Verwundeten und unsere unglückliche Bevölkerung, die die besten Garantien für die Rechte Frankreichs sind.“

## Zwangsaufenthalt für Privatbischöpfung.

Die Initiative in Süslawien.

Belgrad, 21. Mai.

Dem Führer der ehemaligen Unabhängigen Demokratischen Partei, Privatbischöpfung, der trotz der Warnung der Agrarer Polizei nach Belgrad gestellt war, ist von der Polizei in Belgrad mitgeteilt worden, daß er als Inhaftierter die Verhaftung aus bei strafrechtlich zugewiesenen erhalten habe. Diese Maßnahme wird mit seinem angeblich gegenwärtigen Verhalten begründet.

Privatbischöpfung hat sich bereits mit seiner Tochter und einem seiner Freunde nach Brno begeben. Die Maßnahme der Belgrader Polizei gegen Privatbischöpfung hat in Belgrad großes Aufsehen erregt und auch zu einer Reihe von Gerüchten Anlaß gegeben.

Seitdem der süslawische König das Parlament nach Sanje gelockt hat und die Macht im Staat in seiner Hand allen verneigt hat, ist eine genaue Zeit verfloßen. An der dem Gegenstand zwischen Kroaten und Serben überbrücken wolle. Die Erklärung rief in Agrar große Begeisterung hervor, weil man hoffte, daß jetzt endlich auch die Kroaten zu ihrem Recht kämen. Aber es scheint dem König nicht gelingen zu sein, die Gegensätze zwischen den beiden Völkern zu vermindern. Die Verhaftung Privatbischöpfung zeigt vielmehr, daß er zu den gleichen Unterdrückungsmethoden greift, wogegen Katholik Stum gelassen hätte und wobei dieser Führer der Kroaten den Lebensfuß im Parlament erleben müßte.

## Esländisch-russischer Handelsvertrag.

Grundlag der Meistbegünstigung.

Reval, 20. Mai.

Der esländisch-russische Handelsvertrag ist durch den esländischen Außenminister Raitz und den russischen Staatsminister unterzeichnet worden. Der Vertrag ist auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen und gliedert sich in 25 Artikel, in denen die Handelsbeziehungen zwischen Esland und Rußland nach dem Grundgedanken der gewöhnlichen Meistbegünstigung ge-



regelt werden. Als eine der für England wichtigsten Bestimmungen kann die Regelung der Transitfrage für ostindische Waren über Asien angesehen werden. England erhält das Recht, seine Zertifikatsrechte durch Gewerkschaften nach China auszuüben. Dem Leiter der Handelsregierung und seinen Gehilfen sind die Rechte der Exterritorialität verliehen worden. Die Unterzeichnung des Vertrages wird von der Presse sehr verurteilt beurteilt.

## Der neue chinesische Bürgerkrieg.

Kriegsrisiko Auseinandersetzungen zwischen Tschingtaifürst und Fung.

London, 20. Mai.  
Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen Tschingtaifürst und Fung hat nach Schanghai Meldungen einen neuen Höhepunkt erreicht, und der Ausbruch von weiteren Feindschaften zwischen den beiden Generälen scheint unvermeidlich.  
Tschingtaifürst hat an Fung ein Telegramm gerichtet, in dem er die Einstellung der militärischen Vorbereitungen verlangt und für den Fall der Ablehnung kriegsrisikoreiche Maßnahmen gegen ihn androht. Die Streitkräfte der beiden Feindlichen Führer werden gegenwärtig an den Grenzen der Provinz Szechuan zusammengedrängt. In Schanghai wird erklärt, daß Tschingtaifürst nun den Kampf mit Fung auf die Spitze treiben werde, was auf die unerwartet günstige Lage zurückzuführen ist, gegenwärtig von den Regierungstruppen im Süden des Yangtse eingenommen wird.  
Nach den letzten Berichten hat General Tschingtaifürst die Entscheidung über die Fortsetzung des Kampfes mit Fung auf 7000 Mann nach dem nördlichen Suichow entzweit, wo 100 000 Mann Regierungstruppen in der Nähe von Huidschou, dem Zentralpunkt der Tschingtaifürst-Eisenbahn und der Yangtsze-Eisenbahn, zusammengefaßt. Offenbar sind Vorbereitungen für einen Vormarsch nach dem Süden getroffen. General Fung hat in der Zwischenzeit seine Front beträchtlich verstärkt und sein Hauptquartier nach Suichow verlegt.

## Vor dem Sturm in Indien.

Angewandte Sicherheitsmaßnahmen der Engländer.  
London, 21. Mai.  
Die „Daily Mail“ berichtet in sensationeller Fassung aus Kalkutta, daß die indische Regierung sich gegenwärtig einer sehr ersten Entscheidung gegenübersteht, deren Natur im Augenblick nicht erläutert werden könne. Für die Beendigung des Bistings Jern sein unzuförderliche Vorbereitungen getroffen. Die Gerichte, wonach unter den Truppen geheime Bewegungen zu verzeichnen seien, hielten an.

In Bombay ist im Hinblick auf die noch immer angespannte Streiklage die Anweisung der Behörden, durch die öffentliche Ansammlungen von mehr als fünf Personen in Bombay verboten sind, auf weitere vierzehn Tage verlängert worden.  
Aus dem In- und Auslande.

Einberufung des Sächsischen Landtags zum 6. Juni.  
Dresden, 22. Mai. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der besonders für den Staatshaushaushalt 1928 vom neuwahlgewählten Landtag zu erledigenden Vorarbeiten hat der Sächsischen Landtag die Einberufung des Landtages schon für den 6. Juni nachmittags um 1 Uhr beschlossen.

## Preußen-Konkordat noch im Herbst.

Geschleßener der preussischen Minister.

Nach einer Kabinetsbesetzung der preussischen Regierung sind gestern nachmittag eine Chefsitzung und eine Sitzung der sämtlichen preussischen Minister erfolgt. Es handelte sich hier um das Konkordat, über das schon seit Jahren zwischen der Staatsregierung und dem Vatikan Verhandlungen gepflogen werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, doch zeigte sich dem Vernehmen nach bereits die Zustimmung des Kabinetts zu dem geplanten Bestimmungen.

Die jüngste Fassung des Entwurfs enthält u. a. auch die Bestimmungen über die Einrichtung neuer Bischöfe in der Provinz Posen, ferner über das Verbot des Abtritte von Bischöfen. Der Notenwechsel zwischen dem päpstlichen Nuntius in Berlin, Vacelli, und der Staatsregierung wird noch fortgesetzt. Man rechnet jedoch damit, daß der Vertragsabschluß im Sommer und die Vorlage des Gegenentwurfes im Parlament im Herbst erfolgen wird.

Wien, 22. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Politbüro der Kommunistischen Partei beschlossen, den Vorhändlern des Rates der Volkskommissare der Sowjetrussischen Republik, Alexander Nowow, von seiner Stellung zu erheben. Zum Nachfolger Nowows dürfte Sitow ernannt werden. Sitow ist ein Anhänger der Stalinpolitik und spielte im Bürgerkrieg bei der Befreiung der weißrussischen Bewegung eine große Rolle.

Calles zieht sich ins Privatleben zurück.  
London, 22. Mai. Der ehemals mexikanische Präsident Calles hat seine Präsidentschaft mehr gemacht und das während des Aufstandes von ihm permutierte Kriegsministerium an den Präsidenten zurückgegeben. Er wird auf einen neuen mexikanischen Kandidat zurückzuführen und sich dort der Landwirtschaft widmen, um dann erst später seinen angefangenen Besuch in Europa zu vollenden.

Der Wahlkampf in Eupen-Malmédy.  
Eupen, 22. Mai. Am 26. Mai wird die Entscheidung über 187 Kommune- und 30 Kantonsrats in Belgien gefaßt. Möglicherweise werden die Bevölkerung von Eupen-Malmédy, einen eigenen bodenständigen Vertreter in die Kammer zu entsenden. Die Begeisterung in den Kreisen und vor allem in der „Christlichen Volkspartei“, der Heimatpartei, ist groß. Die Kundgebungen für eine neue Volksabstimmung treten hier in den Vordergrund.

## Kleine politische Meldungen.

Beginn des Koss-Prozesses am 10. Juni. Der Prozeß gegen den in Kollmar in Untersuchungshaft befindlichen ehemaligen Autonomisten Dr. Koss wird nunmehr ebenfalls am 10. Juni vor dem Schwurgericht beginnen. Die Dauer wird auf mehrere Tage betragen.

Ein russischer Journalist ausgewiesen. Der Berliner Foliozeitung hat gegen den Berliner Berichterstatter der „Moskauer Rund“ einen Ausweisungsbefehl erlassen, weil er sich während der Zeit in Berlin durch eine tendenziöse Berichterstattung herorgetan hat.

## Aus der Umgegend

Nebra, 23. Mai.

Die Pfingsttage haben für Gade erreicht, es ist zu überlegen, ob der Verlauf des Festes alle Hoffnungen und Wünsche, die wohl jeder Volksgenosse für die Festtage gehabt hatte, in Erfüllung gegangen sind. Die Hoffnungen sind ja doch sehr verschiedene Art: der eine will Geld verdienen, der andere Geld ausgeben, dafür aber Freude und Genüsse einbringen. Im hohen Maße zu berücksichtigen, muß ein Dritter kommen und gutes Wetter bringen. heiteren Sonnenschein, der Herz und Gemüt erheitert. Dieser Dritte nun hat wohl diesmal keine Gnade nicht ganz zur Zufriedenheit der anderen zwei Partner gemacht, denn am Abend bedachte er uns bis zum frühen Morgen mit heftigem Regen und am ersten Festtag mit einer Temperatur, wie wir sie sehr oft am Weihnachtsfest haben, daß sich die Glieder sogar veranlaßt sah, die Züge zu heizen. An ein ähnliches Vorwommnis können sich die Sprichwörtlichen „ältesten Leute“ nicht erinnern. Es ist dies kein Pfingstschnee, sondern Laifade. Mit welcher Wärme legte man sich in das behaglich durchwärmte Bett, nur das Aussteigen gefiel den Reisenden garnicht. Daß auch die Gestirne die Gemütsheiligkeit in ihren Zyklen zu erhöhen und die Gäfte schloßhaft zu stimmen befreit waren durch Beheizung der Gafträume, das war nur selbstverständlich. Die für Gartenlokale angelegten Veranlassungen konnten natürlich nicht stattfinden, sie mußten so gut es ging in geschützte Räume verlegt werden. Ein großer Teil des Publikums nahm dieses weihnachtliche Pfingstfest mit Gutmute und wohlwollend mit dem Gedanken seines Weg zum Wirtshaus haben man traf mehr Stoffe und sogar Grog oder Schnap. Der verklärte Alkohol bewährte sich also wieder einmal als Wohlthäter. — Der zweite Festtag fand unter einem besseren Stern. Schon früh drückte die Sonne den über dem Tal liegenden Nebel herunter und nicht lange dauerte es, da erfruchte uns schöner Sonnenschein, eine Auflockerung für den kalten ersten Festtag versprechend. Und das traf ein. Die Sommerlokale füllten sich am Nachmittag überall mit Gästen an, die Pfingsttanzveranstaltungen im Freien erfreuten sich regen Zuspruchs, jeder freute sich und trant wohl auch einen Schoppen mehr als er sich vorgenommen. So hat also das Bier ebenso wie das Geld den Weg zu seiner Bestimmung gefunden, alle sind befriedigt, und wer noch Geld und Zeit hatte, der fand am dritten Festtag, der noch sonniger war, Gelegenheit, das Fest schön zu beschließen. Heute, wo das Fest hinter uns liegt, betrachten wir alles mit anderen Augen, wir lernen erkennen, daß der Regen kein Gutes hatte, denn unsere Gutmütschheit brachte ihn bringend — er kam für sie wie gewohnt. An einer guten Ernte wird wir alle sogar sehr interessiert, darum wollen wir das bisherige Ergebnis nicht weiter bedenken.

— In der Wasserstraße, die Luftkur, war während der Pfingsttage durch außerordentlichen Verkehr bedingt. Trotz der kühlen Temperatur wurden am 1. Festtag etwa 25 leichte Boote an der Brücke ins Wasser gebracht und von ihrer Befahrung begleitet. In bester Stimmung begannen diese aus Halle und Leipzig gekommenen Sportler ihre Pfingsttore von hier aus fußabwärts. Wohl eine noch größere Anzahl Boote wurde in Nossleben zu Wasser gebracht.

— Der Auto- und Kraftverkehr war während der Festtage ein ganz außerordentlich reger; auf den Hauptstraßen konnte immer ein Gefährt hinter dem anderen her und der Luftdruck, daß die Straßen von dem Regen noch naß waren, war geradezu als Wohlthat anzusehen, denn sonst würden weite Strecken von blauen Staubwolken eingehüllt gewesen sein. Verkehrsunfälle sind aus unserer näheren Umgebung glücklicherweise nicht zu melden, jedoch das Fest feiernde fahrenden Pfingstverkehr kann trotz der kühlen Temperatur aus mehreren Ständen berichtet werden. Am 1. Festtag hatten unsere Dotele alle Betten besetzt, ja sie mußten sogar Privatquartiere zur Unterbringung der Fremden in Anspruch nehmen. Die meisten der Gäste waren Berliner, aber auch viele aus Leipzig, die im Laufe des Nachmittags hier eintrafen und am zweiten Festtag früh von hier aus mit ihren Booten zu starten beabsichtigten. Es zeigt dieser Zugang des Fremdenverkehrs, daß der Wasserport in erfreulichem Aufschwung ist und daß schließlich die Lage Nebra an einem so schönen Fluß, nicht weit von zwei Großstädten, für die sog. Fremdenindustrie günstig ist, zumal jetzt auch unsere Gaststätten in ihrem Betriebe jedwede Bequemlichkeit den Gästen zu bieten in der Lage sind.

— Zur Stadtverordnetenwahl. Unserer Bürgerchaft steht für nächsten Sonntag die Aufgabe bevor, sich ein neues Stadtparlament zu erwählen. Erfreulicherweise hat sich auch in unserer Reihen das Amt der Wähler bewährt, der ständige Gifer und Haß ist auf allen Seiten immer ruhiger abgemildert worden, denn man hat einsehen gelernt, daß in einer Stadtverordnetenversammlung doch schließlich noch wirtschaftlichen und nicht nach rein politischen Abwägungen gearbeitet werden muß, soll das Wirtschaftliche vorwärts kommen. Das Wohl der Stadt, der Gesamtheit der Einwohner beruht auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Klassen — das ist unendlich der meisten zum Bewußtsein gekommen. Daß aber auch das Amt eines Stadtverordneten kein besonders begehrtwertes ist, erweist man daraus, daß sich niemand mehr danach drängt, ja daß es beinahe schwer fällt, geeignete Vertreter zur Annahme eines solchen Amtes zu bestimmen. Wie aus der Wahlbekanntmachung des Magistrats hervorgeht, sind für diese Wahl vier Listen angeordnet. Daß gerade diesmal die Bürgerchaft mit einer Einheitsliste auf den Plan tritt, ist ein erfreuliches Zeichen ihrer Einsicht, daß sie jeden politischen Nebenweg ausfallen will. Zweifellos weisen auch die anderen Wähler Männer aus, die sich im Kommunalwesen bewährt haben und Erfahrung besitzen; sie werden gewiß auch wieder zum Wohl der Stadt beitragen. Wichtig ist die Wahl für unser Stadtparlament eine Mehrheit haben, die getragen ist von dem Gedanken: „nur für das Wohl der Stadt“, die auch eigene Interessen für sich weilt und vor allem, die es vermag, einen festen Kontakt zwischen allen Schichten der Einwohnerschaft zu schaffen — denn das ist bitter not.

— Straßensperren. Die Straße Wieß — Lissa wird wegen Aufreiß- und Pflasterarbeiten in der Feldmark Wieß von km 0,3 bis km 0,46 vom 21. Mai bis 1. Juni d. J. für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr für Kraftwagen und schweren Fuhrwerksverkehr wird von Wieß über Allerstedt, Menleben, Nebra, Wegendorf, Wemmening, Tröbsdorf, Bad Nebra, Sandau, Wiltraud nach Nassenberg; für leichte Fuhrwerke über Allerstedt, Mohlsdorf, Nassenberg und Lungegastet dervolen. Die Sperrung wird durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln usw. ausgeführt.

Die Straße Nadra-Obderleben wird wegen Aufreiß- und Pflasterarbeiten in der Feldmark Nadra von km 1,8 bis km 2,5 vom 21. Mai bis 28. Mai d. J. für allen Verkehr gesperrt. Der

Durchgangsverkehr wird von Nadra über Dittmannsdorf, Bockleben, Kößke, Großhennau nach Obderleben und umgekehrt, der örtliche Verkehr auf die anliegenden Ortschaften und Feldwege verwiesen.

Wegen Ausbesserung von Wasserleitungen auf der Provinzialstraße von Jüdenberg nach Oberichsfeld zwischen km 8,9 und km 9,5 wird die genannte Straßenstraße für die Zeit vom 21. bis 28. Mai 1929 für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird während der Sperrzeit auf die Straßenverbindungen von Jüdenberg über Schnellroda, St. Ulrich, Döhlitz nach Oberichsfeld verwiesen. Die Sperrung wird durch durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln usw. ausgeführt.

Wegen Ausbesserung von Dampf- und Wasserleitungen auf der Provinzialstraße Namburg-Baucha von km 6,6 bis km 8,1, das ist zwischen Freyburg a. U. und Baalbach, wird diese Straße für jeden Verkehr und die Straße von km 6,1 bis km 13,6, das ist von Freyburg bis Baucha, für den Durchgangsverkehr für die Zeit vom 25. Mai bis zum 12. Juni d. J. an den Tagen, an welchen die Sperrung und die Behebung der Gasleitungsleitung durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln und Warnungsschilder gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird auf die Straßenverbindungen von Freyburg a. U. über Gleina nach Baucha verwiesen.

— Konkursbeendigung. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Paul Zfode in Nossleben soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 8 390,45 RM. verfügbar, wovon noch 686,81 RM. an bevorrechtigte Gläubiger zu zahlen sind. Der Rest von 7 703,64 RM. kommt zur Verteilung auf 26 163,21 RM. nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Querfurt zur Einsicht aus.

Die Malakoplage ist für dies Jahr wohl ein überaus milder Winter, denn jene bräunen Stellen, die sich je nach dem frischen Stand der Bäume bilden, finden an der niedrigen Temperatur keinen Halt, sie bleiben in ihrem wärmeren Zustand. Das kann sehr schön sein, denn der Schaden, den die Malakoplage den Landwirten und Gartenbesitzern oft anrichtet, ist ganz erheblich. Nach dem die noch wenigen Maitage sonnig-warm sich gestalten sollten, ist ein Waffentreiben der Wäfer nicht mehr zu befürchten, sie sind abgetan und wer nun einmal gern mit Malakoplagen spielt, der mag sich solche aus Schokolade verschaffen und sich damit beschäftigen.

— Eine billige Nordfahrt von Leipzig (Halle S.) nach Hamburg — Belgoland veranstaltet die Reichsbahn vom 25. bis 28. Juni. Der Fahrpreis folgt ab Halle bis Hamburg 17,30 RM., ein Einschleibet zur Fahrt nach Belgoland für 3 Liebermannsdorf einfaß. Frühstück, 2 Mittagessen, Nachtloft durch Hamburg mit Omnibus und Hafenumschiff mit Dampfbot, einfaßliche Be- schichtigung eines Lebensdampfers und des Glühmies 33,80 RM.

— Sängerkreis auf der Sachsenburg. Am Sonntag, 26. Mai, findet hier das alljährliche Sängertreffen des Sachsenburger Sängerbundes statt. Außer allen dem Bund angehörenden Vereinen haben auch mehrere Solovereine ihre Beteiligung zugesagt, jedoch bei gutem Wetter unsere alte historische Sachsenburg auf eine große Sängerkreis herabgelassen wird. Fremde des eilen Gefanges werden somit an diesem Tage einen schönen Genuß von einer Partie dort haben.

— Ein Feiertag in Kassel findet am Sonntag den 25. Gründungstages der Reichsbahn-Fahrt-Abteilung 11 vom 8. bis 10. Juni d. J. verbunden mit sportlichen Vorführungen der Traditionsschützen, statt. Alle ehemaligen Angehörigen der Abteilung, ihrer Ortsabteilung und Feldformationen werden zu dieser Feiertagsfeier eingeladen. Unvergleichliche Anmeldebücher Anfragen sowie Mitteilungen von Angehörigen an Protokoll Kassel, Kassel, Amalienstraße 4, erbeten.

— Hoffnungen für Fremde in den Kurorten und Sommerfrischen erleben oft Veräppelungen, weil die genaue Wohnungsangabe in der Aufschrift fehlt und die Polizeibehörde wegen nicht zeitweiliger Anmeldung keine Auskunft geben kann. Es liegt daher im Interesse der Fremden selbst, daß sie sofort nach der Ankunft ihre Wohnung der Polizei mitteilen. Zur weiteren Erkundung und Befestigung des Polizeibereichs empfiehlt es sich, seine gleiche Mitteilung allen Verleuten, mit denen Verhältnisse unterhalten werden, und außerdem der Behörde am Heimatort mitzugeben zu lassen, damit bei dieser die Wohnung auf den nachzukommenden Postläden bemerkt werden kann. Zu Nachsendungsanträgen sind möglichst die amtlichen Vorordnungen zu benutzen, die an den Schaltern und von den Zustellern zur Abgabe bereits gehalten werden.

— Anränderbekämpfung. Zur Bekämpfung der Wüderblume, des Frühlingskranzstrants und anderer Unkräuter wird im amtlichen Verordnungsblatt für den Kreis Querfurt angeordnet. Es heißt in dieser Bekanntmachung: „Unter Zugrundelegung von § 31 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 26. Mai 1928 werden die Weiser, Pflücker, Ausreißer und Verwalter von Feld- und Gartengrundstücken angeordnet, auf das Vorkommen der Seidenpflanze (Kleeblume), der Wüderblume, des Frühlingskranzstrants, des Meienkranzstrants und des wilden Wils zu achten und für Vertilgung dieser kulturfeindlichen Unkräuter Sorge zu tragen, insofern sie sie in abblühenden oder reifen Zustände nicht vorgefunden werden. Zuweilen werden werden mit Gebirgsstraße bis 150 RM. oder mit Haft bestraft. Außerdem kann die Vertilgung der Unkräuter auf Kosten der Schmägen von Amtswegen bewirkt werden.“

— Für Radiobesitzer. Der Rundfunkempfang wird vielfach durch den Betrieb von Hochfrequenzgeräten — sogenannten Verstrahlungsapparaten — empfindlich gestört. Zur Beseitigung dieser Störungen hat das Reichspostzentralamt (Zentralposttechnisches Reichsamt) im Vernehmen mit Postämtern und Sachverständigen eine Schutzanordnung erlassen, die bei nachträglicher Anbringung an den Hochfrequenzgeräten die Störungen fast vollständig beseitigt; ein Wirkungserfolg des Strahlungsvermögens der Halbleiter tritt dadurch nicht ein. Einige Firmen bringen bereits höfungsreiche Hochfrequenzgeräte auf den Markt; nach Auskunft dieser Firmen und auf Grund bei dem Reichspostzentralamt (Zentralposttechnisches Reichsamt) vorgenommener Versuche stehen diese Geräte in keiner Weise in ihrer Strahlwirkung hinter den Geräten ohne eingebauten Strahlenschutz zurück. In Halle über die Art der Schutzanordnung erteilen die Postämter, in Kassel (Saale) das Telegraphenamt.

— Landwirtschaftliche Unfallversicherung auf der DVG-Ausstellung München vom 4. — 9. Juni 1929. Nach 246.000 landwirtschaftliche Unfälle wurden 1928 gemeldet, von denen 78.981 entschädigungspflichtig wurden. Mehr als 390.000 Verletzte und Hinterbliebene besaßen Unfallrenten, wofür die berufliche Landwirtschaft 1928 mit 75.600.000 RM. aufbringen mußte. Dazu kommen noch große Verlustbeträge für die







## Börse und Handel.

**Amliche Berliner Notierungen am 21. Mai 1929.**

• **Effektenbörse.** Die Börse hatte recht feste Tendenz. Die Hauptanfrage bietet die Erwerbung, daß nach einer Einigung in Paris das Ausland keine Kreditgewährung wieder einrichten werde. Wie man hört, sollen Anträge dazu bereits jetzt zu bemerken gemein sein. Daneben wirkte sich die weitere Abschwächung der Devisenrate ebenso wie die Entlastung der Reichsbank in der zweiten Hälfte günstig aus. Wenn auch die Kurssteigerungen recht beträchtlich waren — sie gingen bis zu etwa 6 Prozent —, so war das Gefühl doch verhältnismäßig heim; nach der Döbereinigung war im allgemeinen sehr gering. Nur ganz vereinzelte Renten hatten größere Kursstöße, und zwar, wie es heißt, für Rechnung des Auslandes. Am stärksten trat dies in AEG-Werten hervor, für die sich Amerika wieder interessiert haben soll.

• **Devisenbörse.** Dollar: 4,19—4,20; Belgische Franken: 58,24—58,36; Französische Franken: 16,39—16,43; Dänische Kronen: 111,79—112,01; Englische Pfunde: 20,35—20,39; Finnische Mark: 10,54—10,56; Holländische Gulden: 108,65—108,69; Niederländische Guilder: 21,06—22,00; Norwegische Kronen: 111,89—112,02; Schwedische Kronen: 112,07—112,29; Österreichische Schilling: 58,06—59,08; Schweizer Franken: 80,78—80—94; Spanische Ptasen: 59,56—59,78; Tschechische Kronen: 12,41—12,43.

• **Produktenbörse.** Weizen 219—222, Roggen 194—199, Hafer 193—198, Weizenmehl 24,25—28,50, Roggenmehl 26—27,75, Weizenkleie 12—13,25, Roggenkleie 13,50, Futtergersten 49—50, Kleine Speiseerbsen 38—39, Futtererbsen 21—23, Weizen 25 bis 26,50, Ackerbohnen 22—24, Wicken 28—30, Lupinen (blau) 17—18, do. (gelb) 22—24, Erbsen (neu) 56—58, Rapssamen (Basis 88 Prozent) 19—20, Weinfäden (Basis 27 Prozent) 21,80—22, Trockenfischöl 12,40—13, Sojab-Extraktions-Schrot (Basis 45 Prozent) 19,20—20,20, Kartoffelmehl 16,20—17,60 Reichsmark.

• **Butterpreise.** (Amliche Notierung als Erzeugerentlohn. Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Vorteil.) 1. Qualität 164, 2. Qualität 155, abfallende Sorten 130 Rm. Tendenz: fest.

• **Kaufmutternotierungen.** Drahtseil. Roggenstroh (Quadratballen) 1,40—1,70, do. Weizenstroh 1,90—1,99, do. Haberstroh 1,65—1,85, do. Gerstenstroh 1,45—1,70, Roggen-Ganghohr (beim mit Stroh gebündelt) 1,60—1,90, bindendegetrocknetes Roggenstroh 1,55—1,80, do. Weizenstroh 1,45—1,70, Stroh 2,40—2,60, handelsübliches Heu, gelund und trocken, nicht über 30 Prozent Stroh mit mindermertigen Gräsern 3,00—4,10, gutes Heu, desgl. nicht über 10 Prozent Stroh 4,30—5,40, Melis-Heu, lose, rein, Barthe 3,50—3,75, do. Havel 2,90—3,20, vordrigger. Heu 0,40 Rm. über Notiz. (Die Preise beziehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für 30 Kilogramm in Reichsmark.)

## Eisenbahnunfall in Unterfranken.

**Brennender Güterzug.**

Am Pfingstmontag fuhr ein Personenzug auf dem auf der Strecke Würzburg-Süß-Heilbronnfeld West auf freier Strecke abgerissenen Zugteil eines Güterzuges auf, wobei vom Personenzug die Lokomotive umstürzte und der Waggon und ein Personenzug entgleisten. Vom Güterzug entgleiteten vier Wagen und stürzten zum Teil um. Vier Güterwagen gerieten in Brand. Der Lokomotivführer des Personenzuges und ein Reisender wurden leicht verletzt. Die Trümmer des Unglücks fielen auf vorzeitige Freigabe der Strecke zurückzuführen.

### Wetterlage.

Der hohe Druck über Mitteleuropa hat sich noch verhärtet. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß sich auf dem Atlantik ein Tiefdruckgebiet neuerdings vertieft hat und jetzt die Winde anfangt. Vorläufig können wir mit dem Fortbestand des schönen Wetters rechnen.

### Vorausichtige Witterung.

Weiterhin trocken und heiter bei östlichen Winden.

# Zur Stadtverordnetenwahl am Sonntag, den 26. Mai

wählen wir die Liste **B** — „Bürgerblock“ mit den Namen:

**Grob — May — Meitz — Reinhardt usw.**



### Öffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Mai 1929 fällig gewordenen Steuern und zwar: Grund-, Kommunal- und Hauszinssteuern sind binnen drei Tagen an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Verhängung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Nebra a. U., den 22. Mai 1929.

Wird veröffentlicht.

Die Stadtsteuerkasse.  
Der Magistrat.

Die Pächter der städtischen Bänderereien werden hiermit aufgefordert, die am 1. Mai 1929 fällig gewesene 1. Rate auf die Pacht innerhalb 8 Tagen an die unterzeichnete Kasse zu zahlen. Nebra a. U., den 22. Mai 1929.

Wird veröffentlicht.

Die Stadtkasse.  
Der Magistrat.

Neu von A—Z

## Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Das größte volkstümliche Nachschlagewerk der Gegenwart mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 15 000 Seiten, über 1750 Abbildungen sowie 210 Karten u. Pläne.

**Wollen Sie**  
Ihr altes Lexikon in Zahlung geben?

**Wollen Sie**  
die durch das bandweise Erscheinen bedingten günstigen Ratenzahlungen aussitzen?  
Dann ist jetzt die richtige Zeit

**Band I und II bisher erschienen**

Näheres über die vorteilhaften Bezugsbedingungen bei Ihrem Buchhändler. — Reichbilderte Brockhaus „Der Große Brockhaus neu von A—Z“ für Interessenten kostenlos und unverbindlich.

**F.A. BROCKHAUS / LEIPZIG**

Der oberschlesische

## Wanderer

Verlag: Gleichitz, gegründet 1928

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens  
Erfolgreichstes Anzeigenblatt

25 Jahre KOSMOS  
25 Jahre Fortschritt!

Sind Sie schon Mitglied?  
Sie erhalten jährlich:  
12 Monatshefte  
4 Bücher  
Preisvergünstigungen  
Auskunft  
Vierteljahresbeitrag nur RM 2.—

KOSMOS, Gesellschaft der Naturfreunde, STUTTGART  
Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung an.

♦ Spargel

zu haben bei  
**Herrn Köllig,**  
Obst- und Gemüsehandlung.  
NB.: Bestellungen auf Spargel zum Einmachen werden entgegen genommen.

„Original-Coburgia“, die beste Balsalmdine der Welt. Bestangen in unzerstörbaren Beuteln. Keine Fälschung. Generalvertreter **Otto Hoffmann,** Weinhandlung, Quersfurt, Telefon 543.

## Bildfunk....

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch den besten Bild-Übertragung erst die technische Vervollendung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt (jedem verständlich) die größte Funkzeitschrift Der Deutsche Rundfunk, der überdies allwöchentlich sämtliche ausführlichen Programme aller in- und ausländischen Sender bringt. Heft 50 Pf. / Monatsbezug RM 2.— / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Probestift gern umsonst vom Deutschen Rundfunk, Berlin N 24

## Ein Arzt

Das als erster **Reinhardt's Heilkunde für Alles** und fand in ihr so hohe Werte und Schönheiten, daß sie großen Nutzen stiften wird. Schon wenn man die Einleitung liest, weiß man: dieses Werk ist überragend, würdig der Ehre, ein Volksbuch zu werden! Ein stattlicher Band, 928 Seiten Lexikonformat, 475 Bilder, inelios gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben in den Buchhandlungen oder durch den **VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU**

Ohne Reklame kein Geschäft!

**Leipziger Neueste Nachrichten**

Größte, bedeutendste einflussreichste, reichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands

**180.000**

Verlag Edgar-Sperrhuth & Co. Leipzig, C. 1, Peterssteinweg 19

## Einwohner von Nebra!

Wer Interesse daran hat, daß im neuen Stadtparlament eine Kommunalpolitik auf gesunder fortschrittlicher Grundlage getrieben werden soll, der



**wählt am Sonntag, den 26. Mai die Liste No. 2 — „Freie Arbeiterliste“.**



# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonntag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 60

Donnerstag, den 23. Mai 1929

42. Jahrgang

## Das letzte Stadium.

Die Verhandlungen der Gläubiger. — Fingierstellen deutscher Sachverständiger. — Um das Transferratorium.

Die Gläubiger haben ihre Verhandlungen über die deutschen Vorbehalte und den Schlussberichts-Entwurf auch am Sonnabend noch fortgesetzt. Während der Feiertage befanden sich Geheimrat Kaill in Berlin, der Sachverständige Melchior in Hamburg und Dr. Bögl in Dortmund. Sie lehnen aber jetzt unerschütterlich wieder zurück, da man annimmt, daß die Gläubiger bereits im Laufe des heutigen Tages die Entscheidung darüber fällen wollen, ob sie den bisherigen Konferenzergebnissen zustimmen wollen oder nicht.

In der französischen Presse wird über die letzten Gläubiger-Verhandlungen ausgeführt, daß diese hauptsächlich der deutschen Moratoriumsfrage galten. Man suchte nach einem Weg, wie im Falle eines Deutschland zugestandenen Transferratoriums diejenigen Staaten, die auf die ungeschützten Teile der deutschen Jahreszahlungen Anspruch hätten, also auch diejenigen, die auf alle Fälle in ausländischen Devisen zahlbar seien, denjenigen Staaten anzugleichen wären, die auf die geschützten Jahreszahlungen Anspruch hätten und keine Devisen, sondern Markt erhalten würden. Man scheint nun ein Spielchen ins Auge gefaßt zu haben, wonach die Staaten, die zum großen Teil ausländische Devisen erhalten, die Verpflichtung eingehen lassen, einen Teil der Devisen der internationalen Bank zuzuführen, damit die anderen Staaten ihre Marktbeträge gegen Devisen eintauschen können.

Der „Matin“ verzeichnet als Meinung eines Sachverständigen, daß man heute abend wissen werde, ob die Konferenz mit einem Bruch oder einer Einigung ende. Wenn die Verhandlung möglich sei, würden die Arbeiten noch etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Als eine weitere Schwierigkeit bezeichnet das Blatt die von Dr. Schacht aufgeworfene Frage der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, die etwas mehr als 100 Millionen Markt jährlich schulden sollten, auf die man durch ein Transferratorium einen Disfond der letzten America gelieferten 21 Jahreszahlungen einführen könne. Auf diese Weise würden die deutschen Jahreszahlungen auf höchstens 87 Jahre anfallen, bei 55 Jahre feststehen.

### Kampf um die Verteilung dauert fort.

London, 21. Mai.

In einem Pariser Bericht der „Times“ wird erneut auf die Schwierigkeiten der Verteilungsfrage, die auch in den Fingierverhandlungen der Sachverständigen nicht beseitigt werden konnten, hingewiesen, wobei von einer Jahreszahlung von 2050 Millionen als einer letzten Zahl ausgegangen wird.

Zu den deutschen Vorbehalten werden alliierte Gegenstände erwartet, die die von Deutschland aufgeworfene Frage der Reparationsleistungen Österreichs und Ungarns zusammen mit den Befreiungszahlungen Polens und der Nachfolgestaaten abzählen werden, während in den anderen umstrittenen Punkten der zeitweiligen Unterbrechung der deutschen Zahlungen wie der Transferratur im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Verhandlungsgrundlage weniger gespannt ist.

### Die Alliierten sind sich wieder einig.

Paris, 22. Mai.

Die Verhandlungen der alliierten Sachverständigen untereinander sind so weit vorgeschritten, daß ein gemeinsamer Gegenorschlag ausgearbeitet werden kann, der den deutschen Vorbehalten entgegengekehrt werden soll. In den Gläubigerkreisen äußert man sich optimistisch und glaubt an das nahe bevorstehende Ende der Konferenz. Wenn sich aber die bisherigen Mitteilungen über die zwischen Gläubigern zustande gekommene Einigung bestätigen sollte, läßt sich der Abschluß der Konferenz noch nicht absehen.

Die durchschnittliche Ziffer soll zwar auf Grund des Vorschlags des Vorberichts, dem Dr. Schacht beizustimmen, auf 2050 Millionen jährlich besetzt bleiben, doch soll Deutschland von 37. bis 58. Jahre ab weiterzahlen. Gerade dies aber hatte Dr. Schacht abgelehnt und dafür vorgeschlagen, daß die Zahlungen für die letzten 21 Jahre aus den Gewinnen der Reparationsbank und den Befreiungsgeldern der neu geschaffenen Staaten bestritten werden sollten. Die Spannung hält demnach auch jetzt noch an.

### Die optimistische Pariser Presse.

Die Pariser Presse äußert sich wieder sehr optimistisch und betont, man könne jetzt auch mit der Beibehaltung der Beratungen über die Verteilung der deutschen Zahlungen rechnen. In dieser Frage hätten sich die Möglichkeiten nicht geändert. Frankreich müsse in der Lage sein, 50 Milliarden Franken zu mobilisieren, Belgien müsse entschädigt werden für 25 Milliarden Franken deutscher Befreiungsgelder. Der italienische Prozentfuß müsse möglichst erhöht werden. England müsse genügend erhalten, um die Anteile der Domini-



Die Konferenz, ein Mannentag von 25 Experten, die den Verhandlungen, führt den Titel: „Bemerkungen der deutschen Regierung zur Frage der Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten.“ Bekanntlich ist die deutsche Auffassung von deutschen Außenminister Dr. Stresemann bereits in der Märztagung des Völkerbundes dargestellt worden. Danach sollte man die bisherige Behandlung des Minderheitenproblems rückwärts überprüfen und einschätzen, ob es angebracht ist, in der einen oder anderen Beziehung neue Beschlüsse zu fassen. In diesem Sinne hat der deutsche Vertreter die bisherige Praxis des Völkerbundes und ihre Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzogen und ist dabei zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt: Es sei einmal erforderlich, sorgfältig die Möglichkeiten durchzuprüfen, die für eine Verbesserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben sind. Dabei müsse insbesondere in Aussicht genommen werden, die bisher bei der Vorprüfung solcher Petitionen geübte Ausschaltung gewisser Nationen durch ihre Veranstaltung zu erlösen. Es müsse ferner geprüft werden, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantieverpflichtung nachzukommen vermag, und ob es sich lohnt, die Petitionen zu geneigen. Endlich sei es wichtig, eine ausdrückliche Klärung der grundsätzlichen Frage herbeizuführen, wie der Sinn und die Tragweite der Garantiefunktion des Völkerbundes zu verstehen ist.

Diese vier Grundthesen werden in der Denkschrift der Reichsregierung eingehend begründet und erklärt. Wie die Denkschrift selbst feststellt, verfolgt die Denkschrift den Zweck, unter Berücksichtigung der von anderer Seite in der Märztagung des Völkerbundes abgegebenen Erklärungen diese Grundthesen „zu erläutern und zu ergänzen.“ Der Bericht des Dreierauschusses für die Minderheiten.

Genf, 22. Mai.

Der Bericht des Dreierauschusses des Völkerbundes für die Minderheiten ist in Genf (Chamberlain, Dumas de Leon, Adami), der auf der Londoner Sitzung Anfang Mai ausgearbeitet worden war, ist jetzt fast täglich 14 Mitglieder des Völkerbundes in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Sonderauschusses des Rates für die Minderheitenfragen überhandt worden. Der Bericht stellt ein umfangreiches Dokument dar, dem alle 16 Denkschriften der einzelnen Regierungen angehängt sind. Unter diesen befindet sich auch die eben veröffentlichte Denkschrift der Reichsregierung.

Es ist hierzu festzustellen, daß der Bericht sich die grundsätzliche deutsche Auffassung von den Minderheitenrechten des Völkerbundes nicht zu eigen gemacht hat, sondern die laßlichen deutschen Vorschläge, insbesondere den Antrag auf Einsetzung eines Studienauschusses zur Prüfung des Gedankens einer künftigen Minderheitenkommission in dem Völkerbund, mit einer kurzen Begründung grundsätzlich ablehnt. Der Dreierauschuss hat sich, wie zu erwarten war, eindeutig auf den Standpunkt der minderheitenspezifischen Regierungen gestellt.

Die Vorschläge in dem Bericht lauten auf lediglich geringfügige rein formale Änderungen des bisherigen Selbstverpflichtungs hinaus, ohne daß zu dem bisherigen völlig ungenügenden und schädigenden Verfahren irgendwelche entscheidenden Veränderungen vorgeschlagen werden. Die Befürchtungen, die bereits auf der Märztagung des Völkerbundes hinsichtlich der deutschen Zustim-

mung zu der Einsetzung des Dreierauschusses bestanden, haben sich als voll begründet erweisen. Der Dreierauschuss hat, wie es nach seiner Zusammensetzung nicht anders zu erwarten war, mit seinem Bericht zunächst eine Grundlage für die Arbeiten geschaffen, die in der nächsten Sitzung der Völkerbundversammlung stattfinden werden. Die 14 Mitglieder des Völkerbundes treten am 6. Juni in Madrid als Sonderauschuss für die Minderheitenfrage zusammen, um auf der Grundlage des Berichtes des Dreierauschusses und der 16 Denkschriften der Regierungen Stellung zu nehmen.

## Eine neue Rede Poincares.

„Wir haben nicht das Recht zu vergessen.“

Genève, 21. Mai.

Bei der Einweihung des Denkmals für die im Kriege gefallenen Soldaten im Fort Donnant bei Verdun hielt Ministerpräsident Poincaré eine längere Ansprache, in der er auf die Verantwortlichkeit am Westrieges und auf die Sachverhalte eingewandelt hat.

Einleitend betonte er, daß die französische Regierung und das französische Volk 1914 ernstlich den Frieden gewünscht und alles getan hätten, um ihn zu erhalten. Frankreichs Gegner hätten sich jedoch nicht darauf beschränkt, den Krieg zu erklären, sondern sie hätten auch ein unzulässiges Verbrechen dadurch begangen, daß sie die Belgische Neutralität verletzten. Selbst unter der Annahme, daß entgegen den öffentlichen Tatsachen, die kaiserlichen Regierungen von Mitteleuropa nicht freiwillig die Initiative ergriffen hätten, so würden sie nichtbedeutender noch durch ihren Gewaltstreik gegen Belgien und durch die Belgien und Frankreich angelegten unüberhörbaren Schanden haben Staaten eine Wiederherstellung der Ruhe herbeiführen können. Daher seien viele vermeintliche Deutsche der Auffassung, daß Frankreich und Belgien ein Recht auf Wiedergutmachung hätten.

Eine gerechte Wiedergutmachung würde Frankreich alle diejenigen Summen zurückerstatten, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Zahlung der Pensionen der Invaliden und Militärdiener des Krieges nötig seien. „Bereits seit längerer Zeit,“ so fuhr Poincaré weiter fort, „haben wir die Hoffnung auf eine so günstige Regelung ausgehen müssen. Es sind keineswegs die französischen Sachverständigen, die die gegenwärtigen Vorschläge in Paris hingeworfen und die Lösung der Aufgaben erschwert haben. Sie lehnten es nur ab, den Damesplan gegen einen schlechteren einzutauschen. Zur Stunde weiß ich noch nicht, in welchem Umfange ihre gerechten Forderungen werden erfüllt werden. Die französische Regierung kann sich ihre Auffassung erst an dem Tage erlauben, an dem sie einen abschließenden Bericht erbringt. Dann wird sie die ihr unterbreiteten Vorschläge prüfen und sich entscheiden. Wir haben nicht das Recht, die Zahl der Toten zu vergessen, die wir gemeinsam beweihe. Heute wie gestern, und gestern wie heute sind es unsere Toten, unsere Verwundeten und unsere unglückliche Bevölkerung, die die besten Garantien für die Besten Frankreichs sind.“

## Zwangsaufenthalt für Preibischewitsch.

Die Titatur in Süßlawien.

Belgrad, 21. Mai.

Dem Führer der ehemaligen Unabhängigen Demokratischen Partei, Preibischewitsch, der trotz der Warnung der Agrarer Polizei nach Belgrad gekommen war, ist von der Polizei in Belgrad mitgeteilt worden, daß er als Aufenthaltssort die Dohitschka Bus bei Krupowatz zu gewählen erhalten habe. Diese Maßnahme wird mit seinem angeblich gefährlichem Verhalten begründet.

Preibischewitsch hat sich bereits mit seiner Tochter und einem seiner Freunde nach Bus begeben. Die Maßnahme der Belgrader Polizei gegen Preibischewitsch hat in Belgrad großes Aufsehen erregt und auch zu einer Reihe von Gerüchten Anlaß gegeben.

Seitdem der süßlawische König das Parlament nach Sarajevo gerufen hat und die Macht im Staat in seiner Hand allein vereinigt hat, ist eine gewisse Zeit verfloßen. In der letzten demontierten Ministerkrise brachte er zum Ausdruck, daß er den Gegensatz zwischen Kroaten und Serben überbrücken wolle. Die Erklärung rief in Agrar große Begeisterung hervor, weil man hoffte, daß jetzt endlich auch die Kroaten zu ihrem Recht kämen. Aber es scheint dem König nicht gelingen zu sein, die Gegensätze zwischen den beiden Volksstämmen zu veräußern. Die Verhaftung Preibischewitsch zeigt vielmehr, daß er zu den gleichen Unterdrückungsmethoden greift, wogegen Raditsch Sturm gelaufen hätte und wobei dieser Führer der Kroaten den Todesstich im Parlament erlitten müßte.

## Esländisch-russischer Handelsvertrag.

Grundlag der Meißbegünstigung.

Kopenhagen, 20. Mai.

Der esländisch-russische Handelsvertrag ist durch den esländischen Außenminister Rantzau und den russischen Staatsminister unterzeichnet worden.

Der Vertrag ist auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen und gliedert sich in 25 Artikel, in denen die Handelsbeziehungen zwischen Esland und Rußland nach dem Grundgeden der gewöhnlichen Meißbegünstigung ge-